

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2019 / Ausgabe 145 - 16. Juli 2019



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,  
LIEBE FREUNDE,**

**Die Grünen.** Auch Wochen nach der Europawahl liegt deren Ergebnis noch schwer im Magen. Mit 28,9 Prozent hat die Union noch nie bei einer Europawahl so schlecht abgeschnitten wie 2019. Das Ergebnis über die nackten Zahlen hinaus zu interpretieren gestaltet sich nach wie vor als äußerst müßig. Stammleser dürfte meine Version nicht überraschen: Auf der Suche nach Laufkundschaft wurden viele Stammwähler verprellt.

---

*Wenn wir eine Volkspartei bleiben wollen, müssen wir den Menschen wieder klarmachen, wofür wir als Union stehen. Außerdem ist es langsam an der Zeit, wieder einmal in den Attacke-Modus zu schalten.*

---

**Reform des Wahlrechts.** Der Bundestag platzt aus allen Nähten. Ein viel diskutierter Vorschlag ist die Verringerung der Direktmandate. Das halte ich für bedenklich. Wenn in Berlin nur noch die sogenannten „Spin-Doktoren“ in den Parteizentralen den politischen Diskurs bestimmen, kommen die abwegigsten Ideen in die Schlagzeilen. Der Spuk hört meist auf, wenn wir Abgeordnete aus den Wahlkreisen nach Berlin zurückkehren und für die nötige Erdung sorgen.

**Bewahrung der Schöpfung.** Unsere politischen Mitbewerber – allen voran die Grünen – behaupten immer wieder, dass sie ein Monopol im Bereich Klima-, Umwelt- und/oder Naturschutz innehätten. Das ist falsch. Zudem ergänzen sich Klima-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen nicht zwangsläufig, sondern wirken in vielen Fällen auch kontraproduktiv auf andere Schutzgüter.

## IN DIESER AUSGABE

*Die Grünen*

*Reform des Wahlrechts*

*Christine Lagarde*

*Sachstand Verkehrsprojekte*

*Zwischenbilanz*

*Bewahrung der Schöpfung*

### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)  
[www.klaus-peter-willsch.de](http://www.klaus-peter-willsch.de)

### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## DIE GRÜNEN

Auch Wochen nach der Europawahl liegt deren Ergebnis noch schwer im Magen. Mit 28,9 Prozent hat die Union noch nie bei einer Europawahl so schlecht abgeschnitten wie 2019. Noch dramatischer wird das Bild, wenn man CDU und CSU getrennt betrachtet. Einem Zuwachs von 1,0 %-Punkten bei unserer bayrischen Schwester stehen Verluste in Höhe von 7,5 %-Punkte in den anderen fünfzehn Bundesländern gegenüber. Schaut man gar noch weiter nach Süden, registriert man, dass die uns nicht sehr unähnliche ÖVP in Österreich gar einen Zuwachs von 7,5 %-Punkten realisieren konnte. Das Ergebnis über die nackten Zahlen hinaus zu interpretieren gestaltet sich nach wie vor als äußerst müßig. Stammleser dürfte meine Version nicht überraschen: Auf der Suche nach Laufkundschaft wurden viele Stammwähler verprellt.

Andere sehen das natürlich anders. In deren Augen muss die CDU noch „moderner“, noch vielfältiger und noch grüner werden. Womöglich so grün wie in Schleswig-Holstein, wo die Grünen nun die CDU als stärkste politische Kraft überholten? Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen. Die Anbieterung an die grüne Zeitgeist-Partei hat nicht nur viele Stammwähler verprellt, sondern laut Wahlanalysen den Grünen mehr als eine Million frühere Unionswähler zugetrieben. Da wird dann gleich das Original statt der Kopie gewählt. Profitiert haben bei der Europawahl vor allem Parteien mit klaren Aussagen. Grüne, FDP und AfD haben ihre Wählerzahl gemessen in absoluten Stimmen verdoppelt.

Wenn wir eine Volkspartei bleiben wollen, müssen wir den Menschen wieder klarma-

chen, wofür wir als Union stehen. Außerdem ist es langsam an der Zeit, wieder einmal in den Attacke-Modus zu schalten. Dazu gehört - gerade angesichts demoskopischer Höhenflüge der Grünen – auch deutlich aufzuzeigen, was grüne Politik bedeutet: nicht abstrakt, sondern ganz konkret.

Wir müssen unser Land von der Mitte aus denken. Klaus Kelle hat es nach der Europawahl trefflich analysiert, die CDU-Mitglieder und Wähler „wollen einen klaren Kurs bei der Wirtschaftspolitik, bei Sicherheit und dem Schutz der Familien. Sie wollen in ihrer überwältigenden Mehrheit keine Anbieterung an Klima-Hysterie, Aufweichung des Rechtsstaates, Nachdenken über Koalitionen mit der SED-Nachfolgepartei (Günther) und sexuelle Vielfalt im Kindergarten.“ Der Paradiesvogel im Berliner Regenbogenkiez darf und soll natürlich auch gerne Union wählen, aber die Politik müssen wir als Volkspartei an der Mitte ausrichten.

Aber wofür stehen die Grünen? „Wir sind keine Verwalter des Stillstands. Wer uns wählt, weiß und will, dass sich damit Gravierendes ändert“, sagte der neue grüne Heilsverkünder Robert Habeck jüngst in einem Interview. Habeck beschreibt sich selbst „als linksliberalen, progressiven Politiker“. Der Spiegel charakterisiert ihn als „charmant, verträumt und freundlich“ - der Fleisch gewordene Traum aller Schwiegermütter. Auch wenn ihm Vergleiche wie „George Clooney der Grünen“ (zumindest öffentlich) nicht behagen, so hat er mit der Hollywood-Ikone eines gemeinsam: Beide sind gute Schauspieler.

Habeck ist kein Politiker neuen Typs. Er ist ein klassischer Linker, der aber zugegebenermaßen etwas sympathischer rüberkommt als beispielsweise Jürgen Trittin.

„Anders als früher suchen wir einen Ansatz, der die Menschen nicht erziehen will“, verspricht Habeck. „Die Menschen sind natürlich frei, sich unvernünftig zu verhalten, aber das System muss vernünftiger werden.“ Deshalb meint er auch, dass Fleischkonsum verpönt sein müsse.

Wie kann man nur so von seinem eigenen Denken und Wirken beseelt sein, um sich zum Richter über Vernunft und Unvernunft aufzuschwingen? Es ist das klassische Dilemma linker Eliten. Deren Weltbild stimmt nur in den seltensten Fällen mit der Verhaltensweise des „niederen“ Volkes überein. Was tun, wenn der „Pöbel“ im Supermarkt das billigste Fleisch kauft oder für keine 50 Euro nach Mallorca fliegt? Da wird die Erziehung der „Unmündigen“ schnell zum Akt grüner Notwehr. Wenn man aber die Menschen vordergründig nicht mehr „erziehen“ will, muss man eben das System ändern. Dann ist es auf einmal eben „vernünftiger“, vegan zu leben oder ein Tempolimit einzuführen.

Jürgen Trittin bezeichnete vor kurzem die deutsche Abneigung gegen ein Tempolimit als „kollektive Neurose, vergleichbar mit der, die Amerikaner mit dem freien Zugang zu Schusswaffen haben.“ Trittins persönliches Tempolimit liegt bei 120-130 km/h. Aber noch wichtiger für ihn: härtere Strafen. Der Bußgeldkatalog sehe viel zu niedrige Strafen für Verstöße gegen Verkehrsregeln vor. Während die Grünen beim Thema Kriminalitätsbekämpfung gerne mal Täter und Opfer verwechseln, soll beim Autofahrer jetzt hart durchgegriffen werden.

Auch wenn das Thema Fleischkonsum zu den grünen Dauerschlagern gehört, ist es um den Veggie-Day ruhiger geworden. Aber nicht weil die Grünen den Menschen nicht (mehr) vorschreiben möchten, was

auf dem Teller liegt – sondern weil sie das Mobilisierungspotenzial gegen diese Idee fürchten. Anfang Mai erklärte Habeck hierzu in einem Interview mit der Zeit: „Das hat bei mir was verändert und ja auch in der Partei etwas kaputt gemacht. Wir sind völlig in die Defensive geraten und haben zunächst mit der Haltung reagiert: Die anderen haben es nur nicht verstanden!“ Das ist bei den Grünen immer so. Wenn andere eine Idee nicht gut finden, wurde sie einfach nicht verstanden. Die Grünen reden immer von persönlicher Freiheit, sind aber eine Verbotspartei par excellence.

Wer mit einem derart starken Sendungsbewusstsein ausgestattet ist wie die Grünen, muss sich fühlen wie einst Immanuel Kant, der die Menschen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien wollte. Ironischerweise übernehmen die Grünen auf diese Weise eine Funktion, die früher die Kirche innehatte. Sie halten die Menschen zu gottgefälligem Verhalten an. Bei den Grünen ist es nicht Gott, der dem Sein einen tieferen Sinn verleiht, sondern der Kampf für das von ihnen als das Gute Identifizierte – und das möglichst diffus.

Auch den Ablasshandel gibt es. Es ist ja schon irgendwie drollig, wenn Anton Hofreiter zugeben muss, dass auch er regelmäßig fliegt – dafür aber „Kompensationszahlungen“ leistet. Den Urlaub verbringt der bayerische Naturbursche am liebsten in den Alpen, die er ja aus München mit dem Radl oder zu Fuß erreichen kann. Wenn nicht, lässt sich mit Sicherheit auch hierfür eine Möglichkeit finden, wie die Seele aus dem Fegefeuer springt.

Nicht mehr ganz so drollig ist es, wenn die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia

Roth einmal rund um die Welt fliegt – insgesamt waren es 41.000 Flugkilometer –, um sich ein Bild vom Klimawandel zu machen. Habecks Co-Vorsitzende Annalena Baerbock bleibt da lieber in heimischen Gefilden: „Dass die Klimakrise real ist, haben wir dieser Tage im Osten unseres Landes wieder erlebt mit den sintflutartigen Regenfällen.“ Allein schon das Adjektiv „sintflutartig“ zeigt, dass es „sintflutartige“ Regenfälle schon ein bisschen länger gibt. Auch der Journalist hakte ungläubig nach.

Ich bin froh, kein Grüner zu sein. Das permanent schlechte Gewissen würde mir nicht behagen. Ich lebe gerne. Und als Christ und Konservativer liegt mir die Bewahrung der Schöpfung ganz besonders am Herzen – nicht zuletzt auch weil ich fünf Kinder und eine Enkeltochter habe. Wenn es um das Thema Klima geht, ist die Erlösung bei den Grünen jedenfalls ganz nah. Wer an kultischen Handlungen wie den „Fridays For Future“ nicht partizipiert, heißt dann schnell „Leugner“. Früher hätte man von Ketzern gesprochen. Immerhin wird man nicht mehr verbrannt, sondern nur noch für „unvernünftig“ erklärt.

Um die Arroganz gegenüber den vermeintlich „Unmündigen“ zu kaschieren, gehört die „soziale Frage“ ebenfalls zum Repertoire der Grünen. Es ist der Klassiker bei allen Linken. Unter dem Deckmäntelchen der Progressivität werfen die Grünen längst beantwortete Fragen auf. „Die großen Fragen der Gegenwart lauten: Wie limitiert man Marktmacht für Zwecke des Gemeinwohls?“, meinte jüngst Trittin in einem Interview mit dem Spiegel. Für mich klingt das nach „Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft“. Die Antwort darauf gaben die Gründungsväter unserer Bundesrepublik – allen voran Ludwig Erhard – bereits vor

nunmehr 70 Jahren. Sie heißt „soziale Marktwirtschaft“.

Trittin will hingegen „Internetmonopolisten wie Facebook oder Google [...] zerschlagen“. Bei der Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ geht ihm das Herz auf. Auf die Frage, was er sonst noch alles vergesellschaften möchte, fällt ihm spontan die Energieinfrastruktur ein. Hier soll eine deutsche Netz AG in öffentlich-rechtlicher Hand gegründet werden. Die Forderung nach einem Fünfjahresplan kam ihm indes nicht über die Lippen – immerhin!

Wer nun einwendet, Jürgen Trittin sei in seiner Partei nicht mehr tonangebend, irrt. Trittin hat sich zwar vordergründig in die zweite Reihe zurückziehen müssen, vermutlich weil er im Gegensatz zu Robert Habeck „bisweilen den Charme eines kasachischen Grenzbeamten“ verströmt, Einfluss hat er dennoch. Nicht umsonst gehörte er nach der letzten Bundestagswahl zu den Jamaika-Unterhändlern.

Dass der „ehemalige Revoluzzer, Kommunist, Hausbesetzer und Mensch ohne Führerschein“ lieber von Rot-Rot-Grün oder Grün-Rot-Rot träumt, ist selbstredend. „Die Menschen wünschen sich bei vielen Problemen Lösungen, die deutlich links sind. Aber wir haben seit der Finanzkrise das Phänomen, dass Mehrheiten links der Mitte in Sachfragen nicht automatisch zu linken Mehrheiten im Parlament führen. Das ist die Herausforderung für die Parteien links der Mitte: Wie sorgt man für eine politische Mehrheit?“

Lieber Herr Trittin, Sie haben doch lang genug – leider Gottes sogar als Bundesminister – ihr politisches Unwesen in unserem Land getrieben. Sie müssen doch verstehen, dass Mehrheiten auf Basis von



Wahlergebnissen gebildet werden. Ich kann Ihre Schmerz verstehen, Sie kämpfen seit Jahrzehnten für eine bessere Welt und dann ist Ihre Partei bei der letzten Bundestagswahl mit 8,9 Prozent doch nur wieder die kleinste Fraktion geworden. Sie sind zwar schon mit 6,7 Prozent (1998) und 8,6 Prozent (2002) in Regierungsverantwortung gekommen, aber dass die Menschen seitdem lieber von einer CDU-geführten Bundesregierung regiert werden möchten, hat seine Gründe. Mit 8,9 Prozent nimmt man nicht vorne rechts auf der Regierungsbank Platz. Die Bundesregierung wird aufgrund von Wahlergebnissen zur Bundestagswahl gebildet – und eben nicht anhand von Europawahlen oder Umfragen.

Natürlich muss uns beides Mahnung und Warnung sein – gerade auch vor dem Hintergrund, dass nach Berlin und Thüringen nun auch Bremen zum rot-rot-grünen Testgebiet wird. „Mit Rot-Grün-Rot kann Bremen noch ökologischer, sozialer und vielfältiger werden“, sagte Hofreiter der BZ. Die Entscheidung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Linken sei dennoch nicht leicht gewesen. Das ist eine entlarvende Aussage. Denn wie kann etwas nicht leicht fallen, von dem man so überzeugt ist? Entweder holt man sich die Linken mit ins Boot, um in Bremen weiter an der Macht zu bleiben – trotz aller Bauchschmerzen. Oder man macht es aus voller inhaltlicher Überzeugung. Unter dem Strich ist es die erste Regierungsbeteiligung der Linken in Westdeutschland.

Und auch auf Bundesebene befürwortet Habecks Co-Vorsitzende Annalena Baerbock mittlerweile ein Bündnis mit der Mauermörderpartei, die in ungebrochener Tradition zur SED steht, weil die Linke

„sich nach einigem Geruckel klar vom Unrechtsregime der SED distanziert“ hat. Machen wir uns nichts vor: Egal wie chic sich die Union für die Grünen macht, im Zweifel tanzen die Grünen viel lieber mit den Roten – und Knallroten. Werfen wir einen Blick in unsere Hauptstadt, um an konkreten Beispielen zu begreifen, was rot-rot-grüne Politik konkret bedeutet.

Anlässlich des Luftbrücken-Jubiläums hat der rot-rot-grüne Senat ein Landeverbot für historische "Rosinenbomber" verhängt. Damals haben die Amerikaner die Westberliner – unbürokratisch – vor dem Verhungern und Erfrieren gerettet. Heute zeigt Rot-Rot-Grün wie geschichtsvergessen sie sind. Alles, was nicht dem Bild des „hässlichen Deutschen“ dient, wird „links“ liegen gelassen – genauso wie die Erinnerung an den 17. Juni 1953, als sich mutige Menschen in der DDR gegen die sozialistische Diktatur erhoben. In der Bild sagte US-Pilot Captain Sherman Smoot: „Ich bin sehr verärgert über die Entscheidung. Richtig angepisst. Hätten die Politiker es gewollt, wir hätten die Genehmigung innerhalb von Minuten gehabt. Wir werden nie wiederkommen. Auch nicht zum 75. Jahrestag. Es hat Hunderttausende Dollar gekostet, alles hier herzubringen, und dann so was. Berlin sollte damals von den Sozialisten ausgehungert werden. Jetzt regieren sie und treffen diese Entscheidung. Das ist ein Haufen Pferdesch....“ Andere Veranstaltungen werden in unserer Hauptstadt übrigens problemlos genehmigt, z. B. der israelfeindliche Al-Kuds-Marsch am 1. Juni. Antisemiten marschieren über den Kurfürstendamm, aber Rosinenbomben wird keine Landegenehmigung erteilt. Bei Rot-Rot-Grün ist alles möglich!

Dafür soll jetzt in Berlin ein „anonymer Krankenschein“ eingeführt werden, damit auch Untergetauchte auf Kosten des steuerzahlenden deutschen Michel zum Arzt gehen können. Denn, wer untergetaucht sei, könne schließlich nicht so einfach zum Sozialamt gehen! Als ich mich schon fragte, was wohl als nächstes kommt – vielleicht ein Existenzgründerzuschuss für Drogendealer oder Bettler-Banden – "überraschte" der rot-rot-grüne Senat mit der Ankündigung eines Qualitäts-Tests für Partydrogen. In Berlin sollen Partygänger ihre Drogen bald auf deren Reinheit prüfen lassen können. Öffentliche Gelder wurden dafür bereits im neuen Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 eingestellt. Jedes Jahr haben wir in Deutschland weit über 1.000 Rauschgifttote zu beklagen. Es ist eine Schande, wie unsere Hauptstadt regiert wird. Auf keinen Fall darf es auf Bundesebene zu einem rot-rot-grünen Bündnis kommen.

Unser Land ist kein Regenbogenkiez – und darf es auch nie werden. Und apropos Regenbogenkiez: In Berlin gibt es tatsächlich ein Gebiet, das so genannt wird. Zu viel falsche Toleranz hat dort einen Spielplatz mittlerweile zum Open Air-Bordell gemacht. Was das „schwul-lesbische Magazin“ queer.de als „zweitsicherstes Szeneviertel der Welt“ feiert, ist für die Anwohner schlichtweg ein „Angstraum“. Das weit über die Grenzen unserer Hauptstadt bekannte „schwule Ausgeviertel“ versinkt weiterhin in Kriminalität (Drogen, Gewalt, Diebstahl). Jetzt kommen wieder schlaue Ideen von Sozialpädagogen: Nachtflohmarkt, mobiler Imbiss, Nachbarschaftsfest. So soll aus dem Platz wieder ein Treffpunkt für die Anwohner werden – und nicht für osteuropäische Stricher und deren Freier. Der Vorschlag, die Stricher

mit Deutschkursen und Sportangeboten zu integrieren, wird nicht funktionieren. So werden nur Steuergelder verplempert. Ein Tipp von mir, nicht böse verstehen: hart durchgreifen, mit allen Mitteln des Rechtsstaats! Nur so können wir Sicherheit garantieren – für Anwohner und Partygäste. Angsträume sind das Ergebnis von linksgrüner Politik.

Die oben genannten Beispiele zeigen auch: Trotz allem – zum Teil auch berechtigten – Unmut ist es gut, wenn die Union regiert! Es ist an der Zeit, den Menschen klarzumachen, wofür WIR stehen – und wofür Grüne, Linke und in weiten Teilen auch die SPD. Wie nachhaltig der Umfragen-Höhenflug der Grünen ist, wird sich bei der nächsten Wahl zum Deutschen Bundestag zeigen. Wir haben Sommer 2019, gewählt wird planmäßig im Herbst 2021 – und manch Grüner bereitet schon die Krönungsmesse vor. Robert Habeck sollte sich zwecks Erfahrungsaustausch frühzeitig die Handynummer von Martin Schulz besorgen.

## REFORM DES WAHLRECHTS

Der Bundestag platzt aus allen Nähten. Seit der vergangenen Bundestagswahl hat das Hohe Haus 709 Mitglieder – das ist Rekord. Gesetzlich vorgesehen sind lediglich 598 – 299 Direktmandate und 299 Listenplätze. Durch Überhangmandate und Ausgleichsmandate liegt die Zahl der gewählten Abgeordneten stets deutlich darüber. Angesichts der explodierenden Kosten von nunmehr rund 1 Milliarde Euro pro Jahr besteht zweifelsohne dringender Handlungsbedarf.

Obwohl unter den im Bundestag vertretenen Fraktionen Einigkeit darüber herrscht,

dass das deutsche Wahlrecht dringend reformiert werden muss, sind sie – zumindest vorerst – mit diesem Unterfangen erneut krachend gescheitert. Im April hat die eigens eingesetzte überfraktionelle Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble ihre Arbeit eingestellt.

Insbesondere seitens der kleineren Parteien ist ein viel diskutierter Vorschlag die Verringerung der Zahl der Direktmandate, die zwangsläufig zu flächenmäßig größeren Wahlkreisen führen würde. Das würde natürlich besonders die Union, mit Abstrichen auch die SPD betreffen, die kleineren Parteien würden hingegen profitieren. Davon ganz abgesehen, halte ich den Vorschlag aus mehreren Gründen für bedenklich.

In meinem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg liegen zwischen Assmannshausen im Mittelhain und Langendernbach im Westerwald über 100 Kilometer, die Fahrtzeit beträgt schon jetzt fast anderthalb Stunden. Eine weitere Vergrößerung würde die ohnehin schon schwierige Aufgabe, allen Menschen in den 27 Städten und Gemeinden mit insgesamt 180 Ortsteilen gerecht zu werden, noch weiter erschweren. In Anbetracht der Diskussion um Politikferne und Politikverdrossenheit wäre eine Erhöhung der Distanz zwischen Bürgern und Abgeordneten ein Bärendienst an der Demokratie.

Die Wahlkreise erfüllen in unserer Demokratie eine besondere Funktion: Sie garantieren die Abbildung der Regionen Deutschlands mit ihrer Vielzahl an regionalen Eigenheiten, Interessen und Besonderheiten. Die direkt gewählten Abgeordneten bringen diese Perspektiven und Eigenschaften nicht nur in den Berliner Politikalltag ein, sondern spiegeln die

Geschehnisse in Berlin auch zurück in ihre Wahlkreise. Diese Rückkopplung ist ein zentraler Bestandteil unserer repräsentativen Demokratie.

Das bekannte Phänomen der abstrusen Vorschläge im sogenannten „Sommerloch“ belegt dies Jahr für Jahr: Wenn in Berlin nur noch die sogenannten „Spin-Doktoren“ in den Parteizentralen den politischen Diskurs bestimmen, kommen die abwegigsten Ideen in die Schlagzeilen. Der Spuk hört meist auf, wenn wir Abgeordnete aus den Wahlkreisen zurückkehren in die Hauptstadt und wieder für die nötige Er-dung sorgen.

Als Scharnier zwischen Berlin und den 299 Regionen kennen direkt gewählte Abgeordnete in besonderer Weise die Akteure und Herausforderungen vor Ort. Allerdings müssen sie sich auch für ihre geleistete Arbeit verantworten und alle vier Jahre dem Votum der Bürger im Wahlkreis stellen. Das Direktmandat als basis- und direktdemokratisches Element auf Bundesebene ist das Sinnbild des im Grundgesetz dargestellten freien und unabhängigen Abgeordneten, der nur an sein eigenes Gewissen gebunden ist. Daraus ergibt sich eine größere politische Legitimation des Direktmandats, die zudem eine größere Unabhängigkeit gegenüber der Partei ermöglicht. Zudem beträgt in der aktuellen Legislaturperiode das Verhältnis von Direkt- zu Listenmandaten 40 zu 60. Die grundsätzlich festgeschriebene Parität ist damit hinfällig. Eine weitere Reduzierung der Wahlkreise würde diesem Missverhältnis weiter Vorschub leisten.

Was einem ebenfalls zu denken geben sollte: Es besteht kein Automatismus, dass genau in jenen Bundesländern Wahlkreise reduziert werden, in denen bei der entsprechenden Wahl etwaige Überhangmandate

entstehen. Abgesehen davon, dass kaum seriös hervorzusagen ist, welche Parteien welche Direktmandate gewinnen und in welchem Verhältnis diese zu den jeweiligen Zweitstimmen stehen werden, ist eine diesbezügliche zielgenaue Reduzierung von Wahlkreisen also gar nicht möglich. Grundlage für die Wahlkreiseinteilung ist die Bevölkerungszahl. Dass eine Reduzierung der Wahlkreise nicht die beabsichtigten Ergebnisse zeitigt, zeigen die Modelle von SPD, Grüne, FDP und Linke, die eine Reduzierung auf 200 Wahlkreise vorsehen. Es bestünden weiterhin Überhangsituationen. Gleiches gilt für die Idee, die Zahl der Wahlkreise auf 120 zu reduzieren und jeweils zwei Direktmandate zu verteilen. Hierbei kann es zu dem nicht angestrebten Effekt kommen, dass die Partei, die das zweite Direktmandat gewinnt, aufgrund ihres in der Regel geringeren Zweitstimmenergebnisses letztlich Überhangmandate begründet.

Ich gehe da ganz mit meinem geschätzten Kollegen Axel Fischer konform: Die Wahlkreise dürfen nicht vergrößert werden. Vielmehr müssen wir an den Mandaten, die bislang über die Landeslisten vergeben werden, ansetzen und diese durch ein klassisches Verhältniswahlrecht auf 298 begrenzen. Denn bislang entscheidet die nicht personalisierte Zweitstimme über die Zusammensetzung des Bundestages und entwertet so die Erststimme.

### CHRISTINE LAGARDE

„Wir haben alle Regeln gebrochen, weil wir zusammenhalten und die Eurozone retten wollten.“ Ein solcher Satz würde dem scheidenden EZB-Präsidenten Mario Draghi nicht über die Lippen kommen.

Viel zu oft war dessen Geldpolitik schließlich schon Gegenstand von Gerichtsverfahren – sei es vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe oder vor dem EuGH. Der Satz wurde im Jahr 2010 von seiner designierten Nachfolgerin gesagt: Christine Lagarde.

Lagarde war damals noch unter Nicolas Sarkozy französische Finanz- und Wirtschaftsministerin. Alle Regeln wurden damals gebrochen, um Griechenland und später auch eine Reihe weiterer Schuldenstaaten vor dem Bankrott zu retten. Nachdem zunächst Anfang Mai ein Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 110 Milliarden geschnürt worden war, wurde wenige Tage später ein 750 Milliarden Euro-Rettungsschirm geschaffen. Jetzt waren die Hilfen nicht mehr freiwillig und bilateral, sondern gemeinschaftlich und verpflichtend. Drei entschlossene Franzosen in Schlüsselpositionen hatten im Handstreich die Stabilitätsarchitektur unserer Währungsunion hinweggefegt: Neben dem französischen Präsidenten Sarkozy waren dies der damalige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet sowie IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn.

Lagarde stand damals noch in der zweiten Reihe. Sie war aber nah genug dabei, um sich Ende 2010 gegenüber dem Wallstreet Journal mit dem oben zitierten Satz zu brüsten – mit einem Rechtsbruch. Auch später ließ Lagarde immer mal wieder ihr Rechtsverständnis durchblicken: „Vergesst den Vertrag“, hieß es dann. „Legal-illegal-scheißegal im Hosenanzug“ könnte man dazu sagen. Man könnte aber auch sagen, dass man in Frankreich eben ein anderes Rechtsverständnis hat. Regeln müssen dort im Fall der Fälle geändert und nicht etwa eingehalten werden. Erst vor wenigen Tagen schrieb Reinhard Müller in



der FAZ: „Für die Bundesrepublik ist das Recht wichtiger als für Frankreich – das hat Folgen“. Für Lagarde hatte das alles keine Folgen – jedenfalls keine negativen. Nachdem die Karriere Strauss-Kahns von einer Sexaffäre torpediert worden war, residierte Lagarde ab Juli 2011 als IWF-Chefin in Washington D. C. Der IWF wird von Frankreich seit jeher quasi als Erbhof angesehen. In den letzten 50 Jahren gab es acht verschiedene IWF-Direktoren, fünf davon waren Franzosen.

Nun also der Griff Frankreichs nach der EZB-Präsidentschaft, obwohl Paris diesen zentralen Posten mit Trichet bereits acht Jahre (2003-2011) besetzt hielt. Der erste und letzte EZB-Präsident aus einem stabilitätsorientierten Mitglied unserer Währungsunion war der Niederländer Willem Duisenberg (1998-2003). Die fortwährende Latinisierung des Euro hat Spuren hinterlassen. Ein Riss geht durch die Eurozone. Die EZB befindet sich in der Niedrigzinssackgasse. Das Währungsgebiet wurde mit Milliarden über Milliarden Euro geflutet.

Lagarde ist die Fortsetzung von Draghi mit gleichen Mitteln – zumindest in der Geldpolitik. Die Kommunikation wird sich sicherlich ändern. Ab dem 1. November können wir uns auf eine „reine soleil vom Main“ einstellen. Talkshowauftritte waren Draghi, den ich hier auf keinen Fall verklären möchte, fremd. Lagarde hat sich immer schon gerne geäußert – auch zu Dingen, für die sie nicht zuständig ist. Draghi war immerhin Ökonom. Alle bisherigen EZB-Präsidenten standen zuvor einer nationalen Notenbank vor. Lagarde hingegen ist Juristin – mit zweifelhaftem Rechtsverständnis. Ende 2016 wurde sie zudem in einem Rechtsstreit um Millio-

nenzahlung an Bernard Tapie schuldig gesprochen, aber nicht bestraft. Hier ging es wenigstens noch um den fahrlässigen Umgang mit den Steuergeldern ihrer eigenen Bürger. Bald kann es für alle in der Eurozone teuer werden.

Schon als geschäftsführende IWF-Direktorin sprach sich Lagarde für einen Schuldenschnitt Griechenlands aus und sammelte damit fleißig Pluspunkte in Südeuropa. Sich als Repräsentant des IWF in Griechenland beliebt machen – das muss man erst mal schaffen! Von einer geografischen Ausgewogenheit bei der Besetzung von Spitzenpositionen ist nichts (mehr) zu merken. Die südeuropäische Prädominanz schreitet voran. Wie lange die Nord- und Osteuropäer das noch mitmachen?

Die Besetzung des höchsten Postens bei der Europäischen Kommission war schon immer das Ergebnis eines politischen Kuhhandels. Juncker, der nach eigener Aussage erste und letzte Spitzenkandidat, war niemals ein Repräsentant des europäischen Parlamentarismus wie Manfred Weber, sondern von vorneherein als Eurogruppenchef der Kandidat der Staats- und Regierungschefs. Juncker ist ein gewiefter Strippenzieher, der den Kuhhandel – natürlich auch dank günstiger Wahlprognosen – vor die Europawahl im Jahr 2014 setzte. Ich war nie so naiv, um das nicht zu erkennen. Schlimm sind zwei Dinge. Erstens: Man gab Weber das Gefühl, dass er wirklich eine Chance hatte, um ihn dann bei der ersten Gelegenheit fallenzulassen. Das kann man und muss man in der Politik aber als Einzelschicksal abtun. Zweitens und noch viel schlimmer: Die Besetzung der Spitzenposition bei der Europäischen Zentralbank wurde Teil des Kuhhandels.

Natürlich wird auf höchster politischer Ebene über solche Ämter entschieden. Auch bei der Benennung des Bundesbankpräsidenten findet keine Urwahl unter Kreissparkassenfilialleitern statt. Die EZB-Präsidentschaft war aber nie ein Kompensationsgeschäft, ein Trostpflaster oder eine zu verschachernde Restgröße – und auch kein französischer Erbhof wie der IWF.

Als IWF-Chefin ist Lagarde natürlich mit der internationalen Finanzwelt vertraut. Es hätte der EZB aber sehr gut getan, ein wenig Distanz von der (Tages-)Politik zu bekommen. Im EZB-Direktorium steht Lagarde zudem Luis de Guindos als Vizepräsident zur Seite. Auch er ist als ehemaliger spanischer Wirtschaftsminister ein Abkömmling der Politik. Der Spagat zwischen Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits sowie Geldpolitik andererseits wird immer schwieriger.

Lagarde hat Draghi immer wieder in dessen – in meinen Augen falschen – Geldpolitik bestärkt. Draghis Notfallmaßnahmen sind zum Dauerzustand geworden. Während der Kauf von Staatsanleihen in Deutschland scharf kritisiert wurde und sogar vor Gericht landete, kam von IWF-Chefin Lagarde immer Applaus für Draghis „whatever it takes“-Maßnahmen, auch für die Minuszinsen. Die EZB überdehnt ihr Mandat massiv, andere sprechen von Rechtsbruch. Lagarde hält es lieber so: „Wenn ich noch einmal das Wort ‚Bundesverfassungsgericht‘ höre, verlasse ich den Raum.“ Ich bin kein Jurist, Lagarde schon. Auch wenn sie nicht die Abschaffung der Gewaltenteilung fordert, sollte sie sich in ihrer Position der möglichen Wirkung ihrer Worte bewusst sein – im und ohne Kontext. Gerade als Juristin.

Und leider wird der irische EZB-Chefvolkswirt Philip Lane kein (geldpolitisches) Gegengewicht zu Lagarde bilden. Beide sind „Tauben“, also Anhänger einer weichen Geldpolitik. Nachdem Jürgen Stark 2011 als EZB-Chefvolkswirt zurückgetreten war, sagte er in einem Interview: „Ich hätte mir nie träumen lassen, daß ausgerechnet die erfolgreichste europäische Zentralbank nach dem Zweiten Weltkrieg – die Bundesbank – einmal in eine absolute Minderheitenposition geraten würde. Lange galt die Bundesbank als Leitbild für erfolgreiche Geldpolitik. [...] Eine solche Institution nun so ins Abseits zu stellen und Positionen, die ihr jetziger Präsident vertritt, in Europa heute beinahe lächerlich zu machen – das all das möglich ist, bedrückt mich sehr und ist kein gutes Zeichen für die Zukunft. Wir erleben einen Paradigmenwechsel.“

Diese Aussage ist heute aktueller denn je. Man darf gespannt sein, was als nächstes kommt. Italien hat schon seine Ansprüche auf den Posten des Wirtschafts- und Währungskommissars angemeldet. Dass es nach der personifizierten Fehlbesetzung Pierre Moscovici noch einmal schlimmer kommen könnte, hätte ich nicht gedacht. Aber mit Lagardes Nachfolge auf Draghi hätte ich auch nicht gerechnet. Die sorgfältig aufgerichtete Stabilitätsarchitektur der europäischen Gemeinschaftswährung ist bereits erheblich beschädigt. Unter der geplanten neuen Führung der EZB mit ihrer demonstrativen Geringschätzung verbindlicher Regeln gilt für die Zukunft: Nichts ist mehr unmöglich.

## SACHSTAND VERKEHRSPROJEKTE

Zu Beginn der Sommerpause möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie über die Sachstände wichtiger Verkehrsprojekte in meinem Wahlkreis zu informieren. Dazu habe ich das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kontaktiert. Einige dieser Projekte begleiten mich schon seit der Zeit, als ich noch ausschließlich ehrenamtlich Politik machte. Da ist langer Atem gefragt. Dennoch ist es mir wichtig, auch auf kleine Fortschritte aufmerksam zu machen, die wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Politik auf Lokal-, Landes- und Bundesebene und den vielen engagierten Bürgern und Bürgerinitiativen vor Ort erreichen konnten.

### **Bundesfernstraßenprojekte im Landkreis Limburg-Weilburg**

#### **A 3, Neubau der Lahntalbrücke bei Limburg mit Umbau der Anschlussstelle Limburg-Süd**

Alle Bauarbeiten sind seit März 2019 abgeschlossen. Im Weiteren sind noch landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen (Pflanzungen) und letzte Mängelbeseitigungen vorgesehen.

#### **A 3, Tank- und Rastanlagen (TR) bei Limburg**

Die Planung für die Rastanlage Limburg-Ost in Fahrtrichtung Köln erfolgt durch die DEGES. In dem Streckenabschnitt A3 zwischen der Landesgrenze Rpf/HE und dem Autobahnkreuz Wiesbaden wurde zur Abdeckung des Fehlbedarfes an LKW-Stellplätzen die Erweiterung der drei Bestandsanlagen TR Limburg Ost, TR Bad Camberg Ost und TR Bad Camberg West untersucht. Des Weiteren wurden je Fahrtrichtung drei potentielle Neubaustandorte für Parkplatz- und WC-Anlagen ermittelt.

Im Ergebnis muss die TR Bad Camberg Ost und TR- Limburg Ost (einschließlich benachbarter Parkplatz) ausgebaut werden, um den Fehlbedarf gemäß Netzplan abzudecken. Sollte der benachbarte Parkplatz nicht zur Verfügung gestellt werden, muss eine neue PWC-Anlage im Abschnitt zur Bedarfsabdeckung gebaut werden. Die Ergebnisse sollen der Stadt Limburg demnächst vorgestellt werden.

In Fahrtrichtung Frankfurt hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einer Tank- und Rastanlage Elzer Berg am ehemaligen Standort des Bundeswehr-Tanklagers auf dem Elzer Berg zugestimmt. Die betroffenen Flächen befinden sich im Eigentum der Gemeinde Elz.

Seit Anfang 2015 erfolgen Abstimmungen zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen, da die Planung in geringem Umfang das Land Rheinland-Pfalz betrifft (Ausfädelungstreifen). Das Land Rheinland-Pfalz hat dem Projekt aufgrund örtlicher Widerstände bislang nicht zugestimmt. Aufgrund der Widerstände von Seiten Rheinland-Pfalz wurden mehrere Varianten geprüft, die eine Lösung ausschließlich auf hessischem Gebiet ermöglichen sollten. Die Überprüfung ergab, dass aus verkehrlicher und funktionaler Sicht das bisherige und vom BMVI genehmigte Konzept die von Hessen favorisierte Lösung bleibt. Für die Realisierung dieser Lösung ist eine geringfügige Inanspruchnahme einer Fläche, die in Rheinland-Pfalz liegt, notwendig. Bis dato konnte mit Rheinland-Pfalz keine Einigung erzielt werden.

#### **B 8, OU Camberg, Würges und Erbach**

Der Planfeststellungsbeschluss für die Ortsumgehungen zur Entlastung der Ortslagen Würges, Bad Camberg und Erbach hat seit 03.05.2017 Bestandskraft. Hierfür erfolgt zurzeit die Ausführungsplanung bzw. die Bauvorbereitung.

Die vermessungstechnischen Geländeaufnahmen sind abgeschlossen. Die Strecken- und Entwässerungsplanung wurde an ein Ing.-Büro vergeben und wird derzeit bearbeitet. Die Kampfmittelsondierung ist erfolgt. Ggfs. werden Kampfmittelräumungen und archäologische Grabungen erforderlich. Im Anschluss daran sind Baugrunderkundungen und Baugrundgutachten beabsichtigt. Teilweise werden bereits Bauwerksentwürfe aufgestellt.

Mit vorlaufenden artenschutzrechtlichen Maßnahmen soll voraussichtlich ab Herbst 2019 begonnen werden. Die Gewässerrenaturierung des Emsbachs wird aktuell geplant. Im Sommer 2020 soll sie erfolgen.

### **B 8, Bahnübergangsbeseitigung in Brechen/Niederbrechen**

Beseitigung des schienengleichen Bahnüberganges im Zuge der B 8 Niederbrechen/ Umbau des Knotenpunktes "Berger Kirche" B 8 / L 3022.

2016 wurde mit der sogenannten Vorentwurfsplanung einschließlich der landschaftspflegerischen Begleitplanung begonnen. Die entwurfstechnische Vermessung sowie die Aktualisierung der umweltfachlichen Bestandserfassung liegen vor. Die straßentechnischen Entwurfsplanungen werden von einem Ing.-Büro bearbeitet.

### **B 8, Brechen - Niederbrechen**

Länge ca. 2,3 km, Kosten ca. 29,5 Mio. €

Im aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen vom Dezember 2016 (BPL 2016) ist die Maßnahme in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" eingestuft. Da sich die Hessische Landesregierung zunächst auf die Ortsumgehungsprojekte mit einem fortgeschrittenen Planungsstand konzentriert, ist diese Maßnahme nicht im Kontingent, das bis 2021 mit Priorität behandelt wird. Die Maßnahme wird vom Land daher zur Zeit nicht bearbeitet.

### **B 8, OU Limburg - Lindenholzhausen**

Länge ca. 2,5 km, Kosten ca. 5,6 Mio. €

Im BPL 2016 ist die Maßnahme in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" eingestuft. Da sich die Hessische Landesregierung zunächst auf die Ortsumgehungsprojekte mit einem fortgeschrittenen Planungsstand konzentriert, ist diese Maßnahme nicht im Kontingent, das bis 2021 mit Priorität behandelt wird. Die Maßnahme wird vom Land daher nicht bearbeitet.

### **B 8, Bahnübergangsbeseitigung in Limburg-Staffel**

Auch die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Limburg/Staffel ist in Planung. Dazu wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, in der mehrere Varianten überprüft werden.

### **B 8, OU Elz / Nordspange Elz**

Länge ca. 3,7 km, Kosten ca. 24,7 Mio. €

Im BPL 2016 ist die Maßnahme in die Kategorie "Weiterer Bedarf" eingestuft. Somit besteht kein gesetzlicher Planungsauftrag. Die Maßnahme wird dementsprechend nicht bearbeitet.

### **B 54, OU Limburg**

Länge ca. 1,6 km, Kosten ca. 55,8 Mio. €



Im BPL 2016 ist der hessische Abschnitt der Maßnahme in die Kategorie "Weiterer Bedarf mit Planungsrecht" eingestuft, der Anschlussbereich in Rheinland-Pfalz in die Kategorie „Weiteren Bedarf“ eingestuft. Die Maßnahme wird vom Land daher nicht bearbeitet.

### **Bundesfernstraßenprojekte im Rheingau-Taunus-Kreis**

#### **B 8 / B 275, Ortsumgehung Waldems/Esch**

Länge ca. 0,9 km, Kosten ca. 7,8 Mio. €

Im BPL 2016 ist die Maßnahme in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" eingestuft. Da sich die Hessische Landesregierung zunächst auf die Ortsumgehungsprojekte mit einem fortgeschrittenen Planungsstand konzentriert, ist diese Maßnahme nicht im Kontingent, das bis 2021 mit Priorität vom Land behandelt wird.

#### **B 42, Ausbau inkl. Bau eines Geh- und Radweges zwischen Rüdesheim – Landesgrenze**

Die Realisierung erfolgt in drei Abschnitten:

##### **o Abschnitt 1 von Lorch bis Landesgrenze Hessen/Rheinland-Pfalz**

Fertiggestellt und unter Verkehr.

##### **o Abschnitt 2 von Assmannshausen bis Lorch**

Bau des ersten rund 500 m langen Teilabschnitts zwischen Lorch und der Anschlussstelle „Bäckergrund“ wird Mitte 2019 fertiggestellt. Für die restlichen Teilabschnitte ist die Ausführungsplanung fertiggestellt. Abschnitt 2 wird vsl. bis Ende 2022 fertiggestellt.

##### **o Abschnitt 3 von Rüdesheim bis Assmannshausen**

Mit dem Bau wurde 2010 begonnen. Der letzte Teilabschnitt wurde gerade fertiggestellt. Die feierliche Verkehrsfreigabe findet am 16. Juli 2019 statt.

#### **B 42, Bahnübergangsbeseitigung Rüdesheim**

Die für die Planung zuständige hessische Straßenbauverwaltung hat in 2013/2014 eine Planungsvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und dem Land Hessen zur Beseitigung des BÜ abgeschlossen. Mit Hilfe einer Machbarkeitsstudie wurden verschiedene Varianten für eine Über- und eine Unterführung der Bahngleise entwickelt und mit einem Variantenvergleich bewertet und abgewogen. Bewertungskriterien sind neben der technischen Machbarkeit, der verkehrlichen Wirkung, der Wirtschaftlichkeit (Bau- und Betriebskosten) und der Umweltverträglichkeit auch die Bauzeit und die Verträglichkeit bezüglich des Denkmalschutzes und des UNESCO-Welterbes.

Im Ergebnis strebt die hessische Straßenbauverwaltung an, die Entwurfsplanung im Jahr 2022 abzuschließen.

Nach der Entwurfsplanung schließt sich das Planfeststellungsverfahren zur Schaffung des Baurechts durch die hessische Planfeststellungsbehörde an.

Verschiedene regionale und lokale Akteure setzen sich wie ich auch dafür ein, dass die BÜ-Maßnahme möglichst vor dem Beginn der BUGA in 2029 im Welterbe Oberes Mittelrheintal fertiggestellt sein wird. Deshalb wird viel davon abhängen, dass alle Betroffenen die Planung und Realisierung der BÜ-Beseitigung unterstützen.

#### **B42, Teilortsumgehung (TOU) Rüdesheim**

Im BPL 2016 ist die bereits im Bedarfsplan 2004 enthaltene Maßnahme in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" eingestuft worden. Da sich die Hessische Landesregierung zunächst auf die Ortsumgehungsprojekte mit einem fortgeschrittenen Planungsstand konzentriert, ist diese Maßnahme nicht im Kontingent, das vom Land bis 2021 mit Priorität behandelt wird. Die Maßnahme wird vom Land daher nicht bearbeitet.

### **B 260, OU Schlangenbad/Wambach**

Länge ca. 1,7 km, Kosten ca. 40,9 Mio. € (Kostenfortschreibung in 11/2018 erfolgt)

Im BPL 2016 ist die Maßnahme in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" eingestuft.

Die Maßnahme befindet sich seit 2014 im Planfeststellungsverfahren. Derzeit werden die naturschutzfachlichen Untersuchungen aktualisiert und eine neue Verkehrsuntersuchung mit Prognosehorizont 2030 erstellt. Zusammen mit weiteren notwendigen Aktualisierungen ist eine erneute Offenlage Mitte 2019 vorgesehen. Der Planfeststellungsbeschluss wird voraussichtlich Ende 2019 erlassen werden können.

### **B 260, OU Eltville/Martinsthal**

Länge ca. 1,6 km, Kosten ca. 19,1 Mio. €

Im BPL 2016 ist die Maßnahme in die Kategorie "Weiterer Bedarf" eingestuft. Die Maßnahme wird dementsprechend nicht bearbeitet.

### **B 275, OU Idstein/Eschenhahn**

Länge ca. 3,3 km, Kosten ca. 28,2 Mio. €

Im BPL 2016 ist die Maßnahme in die Kategorie "Vordringlicher Bedarf" eingestuft. Der Planfeststellungsbeschluss der hessischen Planfeststellungsbehörde wird im ersten Halbjahr 2020 erwartet.

## **Alternativtrasse für den Güterschienenverkehr im Mittelrheintal, Westerwald-Taunus-Tunnel**

Das Vorhaben „Korridor Mittelrhein: Zielnetz II“ ist im Potentiellen Bedarf des geltenden Bedarfsplanes enthalten. Aufgrund der hohen Belastung des Korridors und der zu erwartenden außergewöhnlich langen Planungs- und Realisierungszeiten wird das BMVI für diese Achse zeitnah eine vertiefende Machbarkeitsstudie beauftragen. Mit der angekündigten Machbarkeitsstudie sollen Lösungen in technischer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht untersucht werden. Der Rahmen für eine solche Untersuchung einer 2-gleisigen Schienengüterverkehrsstrecke zwischen St. Augustin-Menden und Wiesbaden-Schierstein wird mit den betroffenen Ländern abgestimmt.

Wegen all dieser Themen und der andauernden Problematik „Salzbachtalbrücke, A66“ und der City-Bahn habe ich in der vergangenen Woche ein positives Gespräch mit dem neuen Verkehrsstaatssekretär Jens Deutschendorf im Hessischen Wirtschaftsministerium geführt. Ich hoffe, dass ich ihm die Probleme der Bürger in meinem Wahlkreis deutlich machen konnte.

## **ZWISCHENBILANZ**

Die schwarz-rote Koalition hat bereits viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkret verbessern und unser Land stärken. Hier sind kurz und knapp die wichtigsten Erfolge.

**Wir schaffen Perspektiven für Familien, Kinder und junge Menschen:**

Digitalisierung der Schule: Grundgesetz geändert; 5 Milliarden Euro Unterstützung für Länder

Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro seit dem 1. Juli 2019

Fortführung des Kitaausbaus: Bundeshilfe bisher schon 11 Milliarden Euro, weitere 5,5 Milliarden Euro bis 2022 (Gute-Kita-Gesetz)

Erhöhung des BAföG um mehr als 15 Prozent und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten

„Schwarze Null“ garantiert Generationengerechtigkeit

Für einkommensschwache Familien wird der Kinderzuschlag erhöht und der Antrag einfacher

### **Wir sorgen für mehr bezahlbaren Wohnraum:**

Baukindergeld für Familien mit 1.200 Euro pro Kind und Jahr für die Dauer von 10 Jahren; Anträge noch bis zum 31. Dezember 2020 möglich

Sozialer Wohnungsbau: GG geändert, damit Bund den zuständigen Ländern helfen kann mit insgesamt 5 Milliarden Euro

### **Wir sorgen für einen starken Staat und garantieren innere Sicherheit:**

Pakt für den Rechtsstaat stärkt Justiz und Polizei: 2.000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte, 15.000 neue Polizisten bei Bund und Ländern, jeweils bis Ende 2021; Beschleunigte Gerichtsverfahren

Bundeswehr stärken: Erhöhung des Wehretats um 6,2 Milliarden Euro (2018 + 2019); Fortsetzung Personalaufwuchs; Bundeswehr attraktiver gemacht als Arbeitgeber u. a. durch Verbesserungen bei

Alterssicherung, Krankenversicherung sowie der Absicherung bei Unfällen

### **Wir steuern und begrenzen Zuwanderung:**

Fachkräftezuwanderungsgesetz: Erleichterung des Zuzuges von qualifizierten Fachkräften, Begrenzung auf Mangelberufe und Vorrangprüfung entfallen; IT-Spezialisten brauchen keinen Abschluss; Personen über 45 Jahre brauchen Mindestgehalt oder sonstige angemessene Altersversorgung

Regelungen für mehr Ausweisungen abgelehnter Asylbewerber; strengere Regelungen für Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer

Abschaffung Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge (bis auf 1.000 Menschen pro Monat aus humanitären Gründen)

### **Wohlstand für alle. Wir investieren in Infrastruktur und Hochschulen:**

Rekordsumme für Investitionen in Höhe von 77 Milliarden Euro (2018 + 2019). Allein für Verkehrsinfrastruktur rund 29 Milliarden Euro

Mobilfunk: bessere Übersicht über Netzausbau und Funklöcher kommt, höhere Bußgelder für Telekommunikationsunternehmen bei Verfehlen der Ausbauziele

Drei große Wissenschaftspakte 2021 – 2030 vereinbart mit den Ländern: Investitionen in Hochschulen, Wissenschaft und Lehre in Höhe von insgesamt 160 Milliarden Euro

Beitragsentlastung für gesetzlich krankenversicherte Arbeitnehmer und Rentner durch paritätische Beitragsfinanzierung (8 Milliarden Euro pro Jahr)

Abbau der kalten Progression: Milliardenentlastung für die arbeitende Mitte

Eindämmung von Fahrverboten: Fahrverbote in der Regel erst ab 50 Mikrogramm NOX/m3 (statt ab 40)

### **Wir stärken Rente, Pflege und Gesundheitsversorgung:**

Rentenpaket bringt Verbesserungen etwa für Frührentner, Erhöhung der Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder.

Stabilität bei Rentenniveau und bei Beiträgen zur Rentenversicherung. Gute Wirtschaft ist beste Rentenpolitik: in den letzten 10 Jahren Steigerung der Renten im Westen um 20 Prozent, im Osten um 30 Prozent

Schaffung von 13.000 Stellen in der Pflege für ambulante medizinische Versorgung

Schnelle Arzttermine für Kassenpatienten durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz

Reform der Ausbildung für Pflegeberufe; Schulgeld wird abgeschafft, stattdessen Ausbildungsvergütung für Azubis

### **Wir unterstützen SED-Opfer auch in Zukunft:**

Entfristung der Rehabilitierungs-Gesetze, welche die rechtliche Grundlage für Entschädigungen bilden; wären Ende 2019 ausgelaufen

Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR vorangebracht

### **Wir sorgen für sichere Lebensmittel und starke Landwirtschaft:**

1 Milliarde Euro zur Förderung des ländlichen Raums, Hilfgelder nach Dürresommer 2018

Bessere Verbraucherinformationen: Verstöße gegen Hygienevorschriften werden offengelegt

### **Wir schaffen durch Entwicklungshilfe Perspektiven vor Ort:**

Rekordsummen für Hilfe in Herkunftsregionen von Migranten: 2018 fast 1,8 Milliarden Euro für Region um Syrien (u. a. Schulbesuch von 350.000 Flüchtlingskindern)

Hilfe für Afrika: Milliardenhilfe u. a. für Marshallplan für Afrika, Sahel-Zone, Klimaschutz und Initiative „Ausbildung und Beschäftigung“

### **BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG**

Unsere politischen Mitbewerber – allen voran die Grünen – behaupten immer wieder, dass sie ein Monopol im Bereich Klima-, Umwelt- und/oder Naturschutz innehätten. Das ist falsch. Zudem ergänzen sich Klima-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen nicht zwangsläufig, sondern wirken in vielen Fällen auch kontraproduktiv auf andere Schutzgüter. So ist die Kernenergie beispielsweise eher klimafreundlich, während mit dem Ausbau von Windenergie eine massive Zerstörung von Natur und Kulturlandschaft einhergeht.

Die Union ist der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Die Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen ist Teil unserer DNA. In unserer Politik setzen wir auf Anreize statt Verbote. Wirtschaftlichkeit und Offenheit für neue Technologien sind genauso wichtig wie soziale Fairness. So hat die planwirtschaftliche (Über-)Förderung erneuerbarer Energien eine massive Umverteilung bewirkt. Der Strompreis klettert immer weiter nach oben. Besonders ineffizient und auch unsozial ist die Photovoltaik: Was die einen auf dem Dach haben, haben die anderen auf der Rechnung.



Wie auch immer. Ohne diese zu werten, möchte ich Ihnen zur Argumentation ein paar Fakten zur Verfügung stellen:

### **Pioniere des Klimaschutzes**

1997 brachte Angela Merkel als Bundesumweltministerin das Kyoto-Protokoll mit auf den Weg – die erste globale Vereinbarung, die die Industrieländer zur Reduzierung von Treibhausgasen verpflichtete.

Auch das Klimaübereinkommen von Paris 2015 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel maßgeblich vorangetrieben.

Damit soll die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzt werden.

Deutschland war eines der ersten Länder, das 2016 eine langfristige Strategie für eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis 2050 beschlossen hat.

### **Konkrete Fortschritte in Deutschland**

Der Treibhausgasausstoß in Deutschland sinkt von 1990 bis 2020 vermutlich um mehr als 30 Prozent – und das trotz Wirtschaftswachstums, steigender Bevölkerungszahlen und des Ausstiegs aus der Kernkraft.

Der Energieverbrauch ist 2018 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre gefallen.

Seit 2005 wurden in großem Maßstab Windräder und Solaranlagen gebaut. Der Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch lag 2018 bei 17 Prozent, im Stromsektor sogar bei rund 38 Prozent.

Deutschland ist das einzige Industrieland weltweit, das gleichzeitig aus der Kernkraft und der Kohleverstromung aussteigt. Das letzte Kernkraftwerk geht 2022 vom Netz, das letzte Kohlekraftwerk 2038.

Deutschland ist im Bereich der Kreislaufwirtschaft führend. So wird Energie gespart, was die CO<sub>2</sub>-Emissionen mindert.

### **Beiträge Deutschlands zum Klimaschutz weltweit**

Deutschland ist wichtiges Geberland für die internationale Klimafinanzierung. Allein 2017 hat die Bundesregierung 3,65 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln für Klimaschutz zugesagt. Rechnet man Kredite und andere Fördermittel mit dazu, beträgt das Finanzvolumen jetzt schon 6,7 Milliarden Euro.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018 enthält zahlreiche Maßnahmen zur Klimafinanzierung in Entwicklungs- und Schwellenländern, etwa zur Wiederaufforstung des Regenwaldes in Südamerika oder zum Erhalt der Artenvielfalt.

## **SOMMERPAUSE**

In vielen Bundesländern haben die großen Sommerferien bereits begonnen. Und auch im politischen Berlin ist etwas Ruhe eingeleitet. Das nächste Mal wird der Bundestag planmäßig in der zweiten Septemberwoche zusammenkommen. Davor werden am 1. September in Brandenburg und Sachsen neue Landtage gewählt. In Thüringen steht die Landtagswahl am 27. Oktober an. Es dürfte also ein heißer Herbst werden. Bis dahin sollten wir aber noch ein wenig den Sommer genießen!

Ihr



### **Weiterleitung des Briefes**

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

### **Aufnahme in den Verteiler**

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de). Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

### **Veröffentlichung**

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

### **Archiv**

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

### **Facebook**

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>